Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Goldpfennige. Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 3gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen

Nr. 31. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Freitag, den 6. Februar 1925

Nun aber Schluß!

So wie es bisher ging, darf es nicht weitergehen. Denn die politische Atmosphäre ist derartig gespannt, daß allmählich alles anfängt, die Nerven zu verlieren.

Holzmann, Kutisker, Barmat waren es, deren Bloßstellung zuerst diese Spannung in die Atmosphäre hineinbrachte, die sich trotz des letzten Wahlkampfes schon zu beruhigen angefangen hatte. Dann aber ging's Schlag auf Schlag. Minister und Parlamentarier, Banken und Versicherungsgesellschaften, Unternehmungen jeder Art tauchten auf in Verbindung mit den Barmatschen und den Postkrediten. Das Thema Politik und Geschäft schien unaufhörlich variiert zu sein; Blase auf Blase stieg in dem Sumpf empor und platzte unter üblem Geruch. Was ist Wahrheit, was Dichtung?

Gewiß ist es richtig, daß erbarmungslos hineingeleuchtet wird in dieses dunkle Treiben, aber die Art und Weise, wie es geschieht, wird nachgerade unerträglich. Jeder glaubt etwas zu wissen, was zu jenem Thema gehört, und gibt es sofort der Öffentlichkeit preis, wobei der Unterschied zwischen Wahrheit und Dichtung wohl weniger absichtlich als unabsichtlich unbeachtet bleibt. Wir haben in Deutschland geradezu eine Barmat-Psychose.

Nach zwei Richtungen hin ist das gefährlich. Deutschland wird in den Augen des Auslandes nicht gerade gewinnen, wenn es seine schmutzige Wäsche in einer derartig breiten Öffentlichkeit reinigt. Irgendein Pharisäerdoch wird etwa Frankreichs oder sonstiger Staaten wäre ja natürlich nur eine objektive Lächerlichkeit im Hinblick auf die Skandale, die dort unter der Firma Kriegsverheerungen und Geschäft nicht minder übel zum Himmel stanken. Aber auch nach innen wirkt diese Psychose nicht minder verwüstend. Die gegenseitigen Beschuldigungen unterliegen von Tag zu Tag mehr der politischen Ausnutzung von allen Seiten, gleichgültig, ob es sich um die Postkreditgelder oder die Ruhrkredite handelt. Im Reichstag redet man überhaupt nur noch von Barmat auf der einen, von schwerindustriellen Verdienern auf der andern Seite. Am Mittwoch begann dort auch der Untersuchungsausschuß seine Tagungen, die der preußische Untersuchungsausschuß ja schon recht zahlreich abgehalten hat.

Man kann über parlamentarische Untersuchungsausschüsse ja seine eigenen Ansichten haben, namentlich über deutsche Untersuchungsausschüsse, einfach aus dem Grunde, weil der Deutsche nun einmal alles politisch-weltanschaulich betrachtet, zumal wenn er im Hauptberuf Politiker ist. Das soll kein Vorwurf sein. Aber für jeden, der nicht in dieser überhitzten politischen Atmosphäre drinsteckt, mag es doch sehr zweifelhaft erscheinen, ob diese Mitglieder der Untersuchungsausschüsse wirklich das Maß von Objektivität aufbringen, das man an einen Richter anlegen soll. Nun sind sie allerdings keine Richter, sondern haben nur die Aufgabe, festzustellen, was geschehen ist. Da sich aber auch im Untersuchungsausschuß die politischen Interessen vielleicht noch schroffer entgegenstehen als im Parlamnt selbst, da außerdem dort so mancher sitzt, dem vielleicht das Nachspüren moderner Schiebermethoden kaum möglich sein wird, wird man wohl annehmen können, daß man in den Untersuchungsausschüssen subjektiv das Beste leistet. Ob es aber objektiv das Beste ist, daran darf man nach den Erfahrungen, die man mit den früheren Untersuchungsausschüssen gemacht hat, doch noch einige Zweifel hegen.

Aber außerdem läuft ja noch ein Verfahren vor dem Staatsanwalt, ein Verfahren, das nun wirklich den Vorzug hat, objektiv zu sein. Mag man politisch stehen, wie man will, mag man manches Urteil mancher deutscher Richter als Fehlurteil, als politisch vorcingenommen bezeichnen —, trotz alledem ist die Ansicht der großen Mehrzahl des deutschen Volkes immer noch die, daß die Staatsanwaltschaft die objektivste Behörde im Reiche ist. Der Staatsanwalt braucht keine Rücksicht zu nehmen auf Parteiinteressen und Parteigenossen, aber er kann auch den beim Kragen kriegen, der ihm mit vagen Beschuldigungen kommt. Natürlich ist das Nachspüren gerade jener Pfade sehr schwierig, die alle diese unerfreulichen in den letzten Jahren bei uns aufgetauchten Existenzen eingeschlagen haben. Aber das, was bisher geleistet worden ist, ist doch außerordentlich viel.

Selbst wer also ein politisches Interesse an den Affären nimmt und mit Übereifer mithelfen will, den Sumpf auszutrocknen, schädigt sein Vorhaben selbst, wenn nun der Berg der Vorwürfe und Anklagen sich immer höher erhebt. Ganz politisch, ganz im Interesse irgendeiner Partei soll man dieses Streben aber auch nicht ansehen. Es steckt ein gut Teil Reaktion in diesem Drängen und Treiben, eine Reaktion nämlich gegen die Methoden amerikanischer Politik, die in Tammany-Hall, jener' bekannten Newyorker Korruptionszentrale, ihren besonderen Ausdruck fand. Deutschland ist noch nicht reif für eine Verquickung von Politik und Geschäft, die auf Kosten der Steuerzahler erfolgt.

Also etwas mehr Besinnung auf diesen eigentlichen Kern der ganzen übelduftenden Affäre. Windthorst, der bekannte Führer der Zentrumspartei, hat einmal ein Fraktionsmitglied, das einem Freund zur geschäftlichen Ausnutzung von dem Ausfall einer Abstimmung im damaligen Reichstag überschnell Mitteilung machte, dazu gezwungen, sich bei der nächsten Wahl nicht mehr als Kandidat aufstellen zu lassen. Das ist vorbildlich, und wenn die Erledigung aller dieser Affären des Augenblicks dazu führt, daß unseren Politikern das Gewissen wieder geschärft wird, ganz gleichgültig, welcher Partei sie angehören, dann haben wir einen solchen Gewinn doch nicht zu teuer erkauft.

Steuerwirtschaft des Reiches.

Finanzausgleich für die Länder.

Berlin, 4. Februar.

Unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers v. Schlieben traten heute die Finanzminister der Länder zu einer Konferenz im Reichsfinanzministerium zusammen. Herr v. Schlieben bezeichnete gleich zu Anfang der Sitzung als ihren Zweck, Übereinstimmung zu erzielen über den künftigen Finanzausgleich und damit über die Grundlagen, auf denen Reich, Länder und Gemeinden ihre Finanzwirtschaft nicht nur im nächsten Haushaltsjahr, sondern auf lange Zeit hinaus aufbauen können.

Der Minister führte weiter aus, im vorigen Jahr hätte sich bei ähnlichen Erörterungen noch keinerlei Übersicht gewinnen lassen. Die Zeit vor dem Krieg war damals die einzige Schätzungsgrundlage. Daher waren es verhältnismäßig grobe Maßstäbe, nach denen die Anteilsverhältnisse des Reichs, der Länder und der Gemeinden an dem Steueraufkommen bestimmt wurden. Nachdem seit dem Inkrafttreten der Dritten Steuernotverordnung ein Jahr verflossen ist, nachdem wir damit rechnen können, daß Reich, Länder und Gemeinden trotz hoher außergewöhnlicher Anspannungen und Leistungen das laufende Rechnungsjahr im großen und ganzen ohne Fehlbetrag, vielfach mit Überschuß werden abschließen können, glaube ich feststellen zu dürfen, daß die in der Dritten Steuernotverordnung getroffene Regelung des Finanzausgleichs die damit verfolgten Zwecke in vollem Umfange erfüllt hat. Das ablaufende Rechnungsjahr, trotzdem es ein Übergangsjahr ist, gibt doch ausreichende Anhaltspunkte, um danach den Finanzausgleich zu gestalten. In politischer Hinsicht ist die seit dem Ruhreinbruch unterbrochene

Einheit des Reichsgebietes wiederhergestellt,

sodann hat uns das Londoner Abkommen für die nächsten Jahre wenigstens eine gewisse Klarheit über die von uns aufzubringenden Reparationslasten verschafft. In wirtschaftlicher Hinsicht bestehen zweifellos noch große Ungewißheiten fort. Das Fortbestehen dieser Ungewißheiten auf wirtschaftlichem Gebiet aber kann und darf uns von dem Ziele nicht abhalten, den Finanzausgleich so zu gestalten, daß Reich, Länder und Gemeinden sich für längere Zeit darauf einstellen können. Auf die Dauer bestimmt oder endgültig soll der zu schaffende Finanzausgleich nicht etwa in dem Sinne sein, daß er Reich, Ländern und Gemeinden Einnahmen zur Verfügung stellt, die zur Befriedigung aller wünschenswerten Bedürfnisse hinreichen, sondern er soll lediglich die Beteiligungsverhältnisse an dem Steueraufkommen so bemessen, wie es der Aufgabenverteilung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden entspricht.

Für die Verteilung der Steuern

schlägt der Minister vor, das Reich an der Einkommen- und der Körperschaftssteuer mit einem Drittel, an der Umsatzsteuer mit 70% zu beteiligen und den Rest Ländern und Gemeinden zu überweisen. Die Umsatzsteuer bezeichnete Herr v. Schlieben bei dieser Gelegenheit als in einer kapitalarmen Wirtschaft wie der deutschen noch auf lange Zeit unentbehrlich; sie werde die Stellung, die sie im Etat einnehme, behaupten. Das Zuschlagsrecht der Länder und Gemeinden zur Einkommen- und zur Körperschaftssteuer sei begründet darin, daß nur die volle Beherrschung der Einnahmewirtschaft jenes Verantwortungsbewußtsein begründe, das die Voraussetzung für das Anstreben höchstmöglicher Wirtschaftlichkeit wäre. Deshalb tritt Herr v. Schlieben persönlich für das Zuschlagsrecht ein; das neue Kabinett habe sich mit der Frage noch nicht befaßt. Der Reichsfinanzminister verschließe sich der Einsicht nicht, daß dieses Zuschlagsrecht nicht mehr die Bedeutung haben könne, die ihm vor dem Kriege zukam, da die Reichstarife schon unter dem Gesichtspunkte tragbarer Höchstbelastung aufgestellt wären.

Die Kabinettskrise in Preußen.

Ministerpräsident Braun lehnt eine Wiederwahl ab.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 5. Februar. Der amtliche Berliner Pressedienst teilt mit: Ministerpräsident Braun stellte heute mittag ½1 Uhr dem Präsidenten des preußischen Landtages folgendes Schreiben zu: „Auf Ihr Schreiben vom 20. v. M. über meine Wahl als Ministerpräsident teile ich Ihnen ergebenst mit, daß ich die Wahl nicht annehme".

*

Kein Beamtenkabinett Horion in Preußen.

Berlin, 4. Februar. Der als preußischer Ministerpräsidentenkandidat des Zentrums mehrfach genannte rheinische Landeshauptmann Horion weilt zurzeit in Berlin. Bei den Besprechungen zwischen dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei ist inzwischen die Möglichkeit der Bildung eines reinen Beamtenkabinetts durch Horion erwogen worden. Diese Idee ist im Zentrum in Anwesenheit von Horion heute ausführlich besprochen worden. Sowohl die Zentrumsfraktion als auch Horion persönlich haben der Anschauung Ausdruck gegeben, daß ein Beamtenkabinett nach dem Wunsch der Deutschen Volkspartei nicht gebildet werden könne. Horion stellte ausdrücklich fest, daß er sich einer derartigen Kombination versagen müsse.

Amerika will keine „Sanktionen".

Das Pariser Finanzabkommen.

Dem Senat der Vereinigten Staaten wurde von der Regierung der Text des Pariser Finanzabkommens nebst einer längeren Erklärung des Staatssekretärs Hughes vorgelegt. Hughes stellt darin nochmals fest, daß das Abkommen sich ausschließlich auf die Zahlungsverteilung bezieht und somit Amerika weder moralisch noch gesetzlich irgendwelche Verpflichtungen auferlegt. Insbesondere habe sich die amerikanische Regierung nicht verpflichtet, sich an Sanktionen zu beteiligen, falls Deutschland seinen Zahlungen nicht nachkomme.

Die deutsch-französischen Verhandlungen.

Dr. Stresemann über Deutschlands Handelspolitik.

Staatssekretär Trendelenburg ist von Berlin nach Paris zurückgekehrt, und die deutsche Delegation wird nun wohl die unterbrochenen Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich wieder aufnehmen. Der Staatssekretär hat für den französischen Handelsminister Raynaldy die deutsche Antwort auf die französische Note vom 28. Januar d. Js. mitgebracht. Es heißt, daß auf Grund dieser Antwort ein Kompromiß zur Herbeiführung eines Vertragsabschlusses gesucht werden wird.

Inzwischen hat im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags der Außenminister Dr. Stresemann sich in vertraulicher Rede über die außenpolitischen Gesichtspunkte, die bei den abgeschlossenen oder jetzt noch schwebenden Handelsvertragsverhandlungen mit Spanien, England, Österreich Schweden, Frankreich, Italien, Belgien, Japan, Rußland und Polen maßgebend waren, geäußert. Reichswirtschaftsminister Neuhaus ging dann in längeren Ausführungen auf die wirtschaftlichen Hintergründe dieser Verhandlungen ein und teilte dem Ausschuß dabei seine grundsätzliche Einstellung für Handelspolitik mit.

Denkschrift über Ruhrkredite.

Berlin, 4. Februar.

Die Denkschrift der Reichsregierung in der Frage der Ersatzleistung für die unter dem Micumsystem von der Industrie ausgeführten Reparationsleistungen wird voraussichtlich am Freitag dem Reichstage zugeleitet werden. Über den Inhalt dieser Denkschrift, in der die Ansichten der Regierung zu den Vorwürfen sowohl über die Verletzung des Budgetrechts des Reichstags wie über die Höhe und Verteilung der geleisteten Summen zum Ausdruck kommen, wird bereits einiges bekannt. Es dürfte in seinen Grundzügen mit dem Text der Denkschrift übereinstimmen.

Zunächst wird festgestellt, daß nicht etwa zwischen dem 20. Dezember und jetzt ein Betrag von 645 bzw. 715 Millionen ausgezahlt worden ist, sondern diese Zahlungen erstrecken sich in der Hauptsache über mehr als ein Jahr zurück. Es sind nicht Pauschalzahlungen an die Großindustrie gegeben worden. Die Interessen der kleineren Geschädigten seien nicht übergangen worden, wenn auch vielleicht in der Form gefehlt worden sei. Die Zuwendungen an die Industrie sind nicht selbständig und unabhängig vom Kabinett oder den beteiligten Ministerien, sondern im Zusammenwirken mit den langer Hand dafür geschaffenen Aufsichtsstellen, Behörden und Sachverständigen festgesetzt worden. Es handelte sich

SLUB Wir führen Wissen.

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF